

**Rede des Stadtratsmitgliedes Dr. Liborio Ciccarello
zum Doppelhaushalt 2013/2014
am 04. März 2013**

Sehr geehrte Beigeordnete,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

ein Drittel der Ludwigshafener Kinder mit Migrationshintergrund besucht keinen Kindergarten, während es bei ihren deutschen Altersgenossen alle tun. Der Grund hierfür liegt hauptsächlich darin, dass in den Wohnvierteln mit hoher Ausländerdichte, z. B. Nord oder Mitte, schlichtweg die entsprechenden Kindergartenplätze fehlen. Gewiss versucht man das neuerdings aufzuholen. Das bestreite ich nicht. Allerdings, wie ich finde, nicht mit der nötigen Intensität. Und darüber hinaus hat man wohl in der Vergangenheit auch hier die entsprechenden demographischen Entwicklungen etwas vernachlässigt. Der Besuch des Kindergartens gerade für Kinder mit Migrationshintergrund ist keine Nebensache, denn ohne Sprache keine Zukunft, keine gute zumindest.

Für die Nachhilfe wiederum von Grundschulern mit Migrationshintergrund hat die Stadt im vergangenen Jahr gerade 20.000 EUR ausgegeben. Dieses Jahr sollen es 25.000 werden und in den folgenden Jahren ebenfalls 25.000.

Meine Damen und Herren, das ist ein Witz. Das entspricht gerade zwei Tage Zuschüsse für den Pfalzbau. Und die Zuschüsse werden nicht geringer, wenn man nicht von klein auf in die Kultur investiert, nämlich in die Bildung. Folglich ist es kein Wunder, wenn in Ludwigshafen doppelt so viele migrantische Schulkinder die Schule ohne Schulabschluss verlassen wie deutsche. Und darüber hinaus es auch doppelt so viele Ausländer in Ludwigshafen gibt, die arbeitslos sind, wie deutsche.

Der Stadtrat hat unlängst einen nationalen Integrationsplan angenommen, der u. a. beinhaltet, dass der Migrantenanteil unter den städtischen Beschäftigten erhöht werden sollte. Getan hat sich hier kaum etwas. Bei einem Ausländeranteil in Ludwigshafen von 20 % und einem migrantischen Anteil von 30 % ist der ausländische Anteil bei den städtischen Beschäftigten nach wie vor bei 5 %. Vor diesem Hintergrund sind die integrationspolitischen Begründungen der SPD und der CDU m. E. nichts mehr als Worte.

Ein weiterer Punkt ist das Sozialticket. Unsere Nachbarstädte Worms, Heidelberg, Mannheim haben das. Da würde uns übrigens ganze 200.000 EUR kosten. Aber die Stadtspitze will dieses Sozialticket partout nicht einführen. Und der Verweis auf die ADD, dieser alte Verweis auf die ADD, ist ein Märchen, ist eine Ausrede. Die ADD ist kein Roboter, meine Damen und Herren. Mit der ADD kann man reden, aber das tut man nicht.

Und vor diesem Hintergrund sind die Anstrengungen unserer OB, einkommensstarke Personen hier in diese Stadt zu locken, zu einseitig, weil sie ein Interesse für die Schwächeren in unserer Gesellschaft schlichtweg missen lässt, ein Interesse für die Schwächeren, so wie ich es mir wünschen würde.

Übrigens 200.000 EUR, das gibt die Stadt in zwei Tagen für Ihre Kreditzinsen aus.

Die Georgens-Förderschule, die erst vor ein paar Monaten eingeweiht wurde, hat acht Millionen gekostet. Ihr Bau wurde von der RHEINPFALZ vom 22.02. 2013 als Fehlinvestition

bezeichnet, weil nämlich Förderschulen gegen das Inklusionsprinzip der UN-Menschenrechtskonvention verstoßen. Das ist kein Quatsch. Auch damals, zu Anfang der Legislaturperiode 2009, als Sie das beschlossen haben, hat die LINKE vor dieser Fehlinvestition gewarnt. Und auch damals haben Sie uns lautstark übertönt und am Ende das beschlossen - aus welchen Gründen auch immer.

Mit acht Millionen Euro, meine Damen und Herren, könnte man 40 Jahre lang ein Sozialticket finanzieren. 40 Jahre lang. Aber offenbar ist es so, dass Misswirtschaft und Unwille das verunmöglichen.

Und à propos Misswirtschaft. Die Sache mit der TWL wurde ja schon erwähnt. Es sollen hier 10 % der Belegschaft abgebaut werden. Obwohl die TWL ja eigentlich schwarze Zahlen schreibt. Wenn man berücksichtigt, dass die TWL für den öffentlichen Nahverkehr, für die Defizite, 15 Millionen jährlich aufbringt, dann schreibt die TWL eigentlich schwarze Zahlen. Trotzdem will man hier 10 % der Beschäftigten reduzieren. Und ich kann nur eindringlich alle Verantwortlichen darum bitten, vor allem die Oberbürgermeisterin Frau Dr. Lohse, dieser zu einfachen Milchmädchenrechnung: weniger Personal = weniger Gewinn nicht zu folgen.

Ich komme zum Schluss. Ludwigshafen ist mit seinem Gewerbesteuerhebesatz Schlusslicht unter den Großstädten in Deutschland. Und deshalb wäre eine Anhebung auf 400 Punkte eine für alle Parteien vertretbare Größe, die Ludwigshafen im Übrigen merklich verbessern würde.

Der aktuelle Haushaltsplan ist m. E. suboptimal, einseitig und er berücksichtigt die sozialen Belange der Ludwigshafener nicht wirklich. Und deshalb kann ich nicht anders, als diesen Haushaltsplan abzulehnen.

Danke.